

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Wettbewerbspolitische Fusionskontrolle

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Hirter, Hans

Bevorzugte Zitierweise

Hirter, Hans 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Wettbewerbspolitische Fusionskontrolle, 1992 - 1993*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 15.07.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Wirtschaft	1
Wirtschaftspolitik	1
Wettbewerb	1

Abkürzungsverzeichnis

BV	Bundesverfassung
WAK-NR	Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats
EG	Europäische Gemeinschaft
KG	Kartellgesetz
WEKO	Wettbewerbskommission

Cst	Constitution fédérale
CER-CN	Commission de l'économie et des redevances du Conseil national
CE	Communauté européenne
LCart	Loi sur les cartels
COMCO	Commission de la concurrence

Allgemeine Chronik

Wirtschaft

Wirtschaftspolitik

Wettbewerb

MOTION
DATUM: 23.09.1992
HANS HIRTER

Der Nationalrat stimmte einer Motion seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zu, welche unter anderem die Einführung der im EG-Kartellrecht praktizierten **wettbewerbspolitischen Fusionskontrolle** verlangte. Der Bundesrat hatte diese Motion ohne Erfolg bekämpft, da sie auch die Ersetzung der Kartellkommission durch ein Bundesamt für Wettbewerb (WEKO) forderte. Er erklärte, dass diese organisatorische Änderung im Rahmen der Vorarbeiten zur eingeleiteten Teilrevision des Kartellgesetzes (KG) abgeklärt werde und sich Experten in einem früheren Vorentwurf negativ dazu ausgesprochen hätten. Mit diesem Argument hatte Bundesrat Delamuraz in der Frühjahrssession noch die Umwandlung einer Motion Loeb (fdp, BE; Mo. 92.3088) in ein Postulat erreichen können. Eine von Jaeger (Idu, SG) eingereichte parlamentarische Initiative (Pa lv. 92.409), welche ein Kartellverbot fordert, ist vom Nationalrat noch nicht behandelt worden.¹

MOTION
DATUM: 27.04.1993
HANS HIRTER

Der Nationalrat befasste sich mit der im Vorjahr eingereichten parlamentarischen Initiative Jaeger (Idu, SG) für einen Wechsel von der Missbrauchsgesetzgebung zu einer in der **Verfassung (BV) verankerten Kartellverbotsregelung**. Eine relativ knappe Mehrheit der vorberatenden Kommission (WAK-NR) fand, dass das Kartellrecht (KG) zwar einer dringenden Revision bedürfe und reichte zu diesem Zweck auch ein Postulat ein. Da der von Jaeger eingeschlagene Weg angesichts der Vorarbeiten der Regierung zu umständlich sei, schlug sie aber eine Ablehnung seines Vorstosses vor. Gegen den Widerstand der SP, des LdU und der GP hiess der Rat diesen Antrag gut. Der Ständerat beriet die im Vorjahr von der grossen Kammer überwiesene Motion für die Umwandlung der Kartellkommission in ein Kartellamt und für eine Fusionskontrolle. Da er beide Anliegen mehrheitlich skeptisch beurteilte, wandelte er den Vorstoss in ein Postulat um.²

1) AB NR, 1992, S. 1205; AB NR, 1992, S. 1724 f.; SHZ, 25.5.92; Verhandl. B. vers. 1992, VI, S. 31
2) AB NR, 1993, S. 744 ff.; SR, 1993, S. 172 f.